

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 94 (2014)
Heft: 1015

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Enteignung: Die sanfte und die harte Tour

1 **Fiskus und Rechtsstaat** *René Zeyer*

2 **Zahltag!** *Gunnar Heinsohn*

3 **Bargeld verboten!** *Beat Kappeler*

4 **Die grosse Einkaufstour** *Stefan Kooths*

5 **Umverteilungseffekte in der Tiefzinsphase** *Peter Buomberger und Alois Bischofberger*

6 **Im Sparen liegt die Moral** *Rahim Taghizadegan*

«Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!
Dass irgendwann und irgendwie saniert wird
und dass dies mit grossen wirtschaftlichen
Einbussen für irgendwen verbunden sein
wird, ist heute offensichtlich.
Der zeitliche Aufschub dieser Operation
hat aber auch ganz gravierende
gesellschaftliche Implikationen:
positive: Wir gewöhnen uns ans Unabänder-
liche. Das Risiko von Schock, Chaos
und Revolution scheint kontrollierbar.
negative: Unternehmertum wird vor lauter
«corporate governance» mumifiziert,
und – das ist das Tragische – die persönliche
Freiheit kommt unter die Räder
einer ausser- und überstaatlich
agierenden Bürokratie. Der automatische
Informationsaustausch und die
schrittweise Abschaffung des Bargelds
sind Meilensteine auf diesem
verhängnisvollen Weg.»

Hans-Dieter Vontobel, Präsident der Vontobel-Stiftung

So viel Liquidität war noch nie. Die Aktienpreise steigen, die Schuldenstände der Staaten ebenfalls, und die meisten tun so, als wäre dies die neue Normalität. Doch Normalität sieht anders aus. Wer die aktuelle Lage zu beschreiben versucht, stößt auf paradoxe Konstellationen. Die rekordtiefen Leitzinsen nahe am Nullpunkt haben den Zweck, die Wirtschaft anzukurbeln. Sollte das gewünschte Resultat aber tatsächlich eintreffen, sollte mithin die Konjunktur irgendwann nachhaltig anziehen, würden als Folge die Zinsen steigen – und die Staaten könnten ihre Schulden nicht mehr bedienen. Sie müssten Bankrott anmelden, inflationieren, neue Steuern einführen oder die bestehenden dramatisch erhöhen. Die Konjunktur würde zuverlässig abgewürgt. Die Lage wäre (noch) schlimmer als zuvor.

Derweil nutzen die Staaten die günstige Gelegenheit nicht, um ihre Schuldenstände abzubauen. Die Politiker verständigen sich vielmehr auf neue Maximalbudgets, um einen wachsenden Teil ihrer Klientel vorübergehend zufriedenzustellen. Zentralbanken behalten die Nullzinspolitik bei und blähen ihre Bilanzen in unerhörter Weise auf. Die Geschäftsbanken kaufen mit dem Gratisgeld, das sie von den Zentralbanken erhalten, Staatspapiere und Aktien. Die Aktienmärkte entwickeln sich weiterhin positiv – doch wie lange (noch)? Die Lage wird unübersichtlich und immer fragiler.

Erst mal halten alle still – inklusive Medien. Doch die Stille ist trügerisch. Schon jetzt gibt es Nettoprofitere und Nettobeiträger der aktuellen Situation. Sie lassen sich grob in zwei Kategorien einordnen: die Schuldner profitieren, die Gläubiger bezahlen. Nur sind die Bürger als Sparer, Konsumenten, Immobilienbesitzer, Geldbenutzer, Steuerzahler und Leistungsempfänger vielfach in Schuldner-Gläubiger-Verhältnisse verstrickt, die sich nicht so leicht durchschauen lassen. Dabei ist klar: there is no such thing as a free lunch. Jemand bezahlt immer.

Die Entschuldungspraxen der Staaten verliefen historisch gesehen nur selten reibungslos – denn es gibt stets solche, die mehr bluten als andere. Umso beunruhigender ist zu sehen, wie westliche Staaten ihren Zugriff auf die Steuerzahler ausweiten: Bargeldgebrauch wird immer mehr eingeschränkt, während neue Steuern und Abgaben erfunden werden. Zugleich werden Steuerdelikte zu Kapitalverbrechen erklärt.

Unsere Autoren sind weder Pessimisten noch Propheten. Aber ihre Textbeiträge regen doch sehr zum Denken an.

Anregende Lektüre!
Die Redaktion